



Die aktuelle Lage :

Deutschland und CDU am Scheideweg: Wir müssen Führung und Perspektive bieten!

Die CDU muss als Deutschlandpartei unser Land weiterhin gestalten und führen! Denn unser Land braucht Führung und Perspektive.

Deutschland befindet sich an einem Scheideweg. Deutschland steht wegen der Folgen der Pandemie, wegen des Klimawandels und wegen der voranschreitenden Globalisierung und Digitalisierung vor riesigen Herausforderungen. Mehr als je zuvor in Geschichte der Bundesrepublik wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, dass Deutschland beweist, dass wir immer noch das Land sind, das auch größte Krisen gemeinsam meistert. Mehr denn je braucht Deutschland deswegen eine stabile und erfahrene Regierung, die auf der Grundlage des bekennenden christlichen Menschenbildes das überzeugendere Parteiprogramm bietet. Der gesellschaftliche Zusammenhalt unserer Nation und Europas, die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen wie auch der Klimawandel müssen gleichermaßen im Einklang bewältigt werden können. Koalitionspolitische Experimente (Ampel) oder gar ein Links-Bündnis (rot-grün-rot) führen unser Land unmittelbar ins Abseits.

Genauso befindet sich die CDU an einem Scheideweg. Die CDU muss sicherstellen, dass die Politiker und ihre Entscheidungen ausschließlich dem Land dienen. Der Grundsatz "Erst das Land" muss zwingend gelten. Die Kanzlerkandidatenwahl muss jetzt im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der CDU, der CSU und vor allem mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ent-

schieden werden, denn schließlich wählen die gewählten Mitglieder des Deutschen Bundestages den/die Bundeskanzler/in. Dazu bedarf es eines Kompetenzteams und einer zukünftigen Bundesregierung, die beide nicht nach der üblichen Besetzungspraxis nach

Proporz, sondern nach Authentizität und Fachkenntnis zusammengesetzt werden. Das alte Prinzip, dass jeder jedes Ministerium übernehmen kann - auch ohne vorherige Themenbindung - muss überdacht werden. Die Kanzlerkandidatenfrage der Union

muss so entschieden werden, dass in Deutschland eine Lust auf Zukunft entsteht. Hierzu muss ein Team präsentiert werden, in dem Köpfe und Inhalte authentisch sind.

Die CDU Deutschlands steht für soziale, wirtschaftliche und innere sowie äußere Sicherheit mit liberalen, konservativen und den christlichen Wurzeln. Dies muss die Basis sein für ein Deutschland der Zukunft in einem Europa des Friedens.

Ihr
Henning Otte



Foto: Christiane Lang

Aus dem Inhalt

| | |
|-------------------------------------|---------|
| Neues aus dem Bundestag | Seite 2 |
| Förderung für Schwimmbäder | Seite 3 |
| Beteiligungsaktion zum Wahlprogramm | Seite 4 |
| Wir sind für Sie da! | Seite 4 |



Neues aus dem Bundestag

Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (Lobbyregistergesetz). In 2./3. Lesung beschlossen wir die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters, das beim Deutschen Bundestag elektronisch geführt werden soll. Für Interessenvertreter, die in den Anwendungsbereich der Regelung fallen, besteht künftig eine Eintragungspflicht, bevor sie gegenüber Abgeordneten oder Fraktionen Interessenvertretung betreiben. Die Registrierungspflicht gilt auch für die Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung für Gespräche mit Ministerialbeamten ab Ebene der Unterabteilungsleiter. Die Gespräche der Interessenvertreter mit Abgeordneten und Bundesregierung selbst müssen nicht dokumentiert oder eingetragen werden. Die Freiheit des Mandats bleibt also unberührt. Interessenvertretung gegenüber Abgeordneten im Wahlkreis wird etwas zurückhaltender geregelt; die Eintragungspflicht greift nur dann, wenn die Interessenvertretung regelmäßig oder auf Dauer betrieben wird.

Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe (Teilhabe-Stärkungsgesetz). Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum kommunalen Bildungspaket im SGB XII ist eine Aufgabenzuweisung durch die Länder an die Kommunen und Änderung der Vorschriften zur Trägerbestimmung im SGB XII erforderlich. In 1. Lesung berieten wir deshalb einen Entwurf zur Umsetzung der erforderlichen Rechtsänderungen. Außerdem regeln wir u.a. die Ergänzung der elektronischen Meldeverfahren um die Anträge für Kurzarbeitergeld und Saisonkurzarbeitergeld und die Verbesserung der Betreuung von Rehabilitanden in den Jobcentern. Darüber hinaus befasst sich der Entwurf mit den Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen sowie deren bestmögliche Ausstattung.

Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder. In 2./3. Lesung beschlossen wir den Gesetzentwurf, mit dem die geltenden Straftatbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern verschärft werden. Die Strafrahmen der neuen Straftatbestände der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie des Straftatbestandes der Kinderpornographie werden angehoben. Bereits die Grundtatbestände werden als Verbrechen ausgestaltet, das heißt es wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe vorgesehen. Außerdem sollen einzelne Strafbarkeitslücken geschlossen und die Strafverfolgung u.a. durch Erweiterung der Ermittlungsbefugnissen effektiver gestaltet werden. In der Strafprozessordnung soll außerdem ausdrücklich ein Beschleunigungsgebot für Strafverfahren mit minderjährigen Opferzeugen verankert werden.

Zweites Gesetz zur Änderung des Agrarmarkt-



strukturgesetzes. Dieses Gesetz, das wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, betrifft die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/633 vom 17. April 2019. Der Entwurf sieht Maßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelbranche vor, insbesondere ein Verbot der schädlichsten unlauteren Handelspraktiken gegenüber Landwirten. Wir reagieren damit auf die Sorgen der Landwirte und Verarbeiter von Lebensmitteln gegenüber der Marktmacht der großen Handelsketten.

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In 2./3. Lesung befassten wir uns mit der Reform des GRW-Gesetzes. Die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur ist einer der wichtigsten Wirkungsbereiche der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Allerdings ist der Bau oder Ausbau von Straßen in einem Gewerbegebiet nach aktueller Rechtslage nicht über die GRW förderfähig. Für diese infrastrukturellen Erweiterungen sind formal die Gemeinden zuständig, die jedoch die teuren Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen oft nicht fördern können. Dies kann dazu führen, dass mit GRW-Mitteln ausgebaute Gewerbegebiete nicht befriedigend genutzt werden können. Auch kann die Vermarktung der Flächen erheblich erschwert sein, weil Investoren Zweifel an einem zeitnahen und bedarfsgerechten Straßenausbau haben. Deshalb wird der Förderausschluss für Landesmaßnahmen im Bereich des Straßenbaus in begrenztem Umfang aufgehoben, um insbesondere strukturschwache Regionen noch besser unterstützen zu können.

Förderungen des Bundes für Schwimmbäder in Nienhagen und Bergen!

Ich freue mich, dass es gelungen ist, für das Hallenbad Bergen und das Europabad in Nienhagen eine Bundesförderung zu bekommen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat kürzlich die Gelder freigegeben. Beide Kommunen bekommen die beantragten Fördermittel, Bergen 675.000 Euro, Nienhagen 1,787 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des zuständigen Bundesinnenministeriums (BMI). Wie notwendig eine Sanierung ist, hat



Ich freue mich, dass es gelungen ist, für die Schwimmbäder in Bergen und Nienhagen mehr als 2 Millionen Euro an Bundesförderung zu bekommen.

Foto: Flasche

die lange Auflistung von Mängeln der Schwimmbäder in den letzten Jahren gezeigt. Das Hallenbad Bergen ist 1979 gebaut worden, das Europabad in Nienhagen schon im Jahr 1972. Sie sind damit über 40, bzw. fast 50 Jahre in Betrieb. Dementsprechend ist ein Teil der baulichen Substanz und der Technik sanierungsbedürftig bzw. muss erneuert werden.

Allein können Bergen und Nienhagen die Sanierung nicht stemmen. Deswegen wurde im Rat jeweils mit Mehrheitsbeschluss beschlossen, eine Projektskizze für die eigenen Bäder unter Einbeziehung von Klimaschutzmaßnahmen einzureichen. Die geplante Investitionssumme für die aktuellen Maßnahmen in Bergen beträgt 1,5 Mio. Euro. In Nienhagen beträgt sie 3,9707 Mio. Euro.

Während es in Bergen um eine Dachsanierung, Erneuerung der Brandmeldeanlage und eine neue Steuer- und Regelungstechnik sowie die Aluminium-Glasfassade, die Fenster und Außentüren geht, steht in Nienhagen die Sanierung des Wasserbeckens im Fokus. Außerdem sollen die Außenwände erneuert und die Fenster abgedichtet werden. Zudem plant man im Keller, ein Blockheizkraftwerk zu ermöglichen.

Mit den Maßnahmen soll Energie gespart werden und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Mit dem Erhalt und der Modernisierung der Bäder wird ein attraktives Freizeitangebot aufrechterhalten. Kinder können weiterhin das Schwimmen zu erlernen. Diese Fähigkeit kann immerhin Leben retten. Auch die Vereinsarbeit und das Angebot für alle Altersstufen, sich sportlich zu betätigen, spielen eine große Rolle. Ich bin froh, dass mit der Bundesförderung ein wichtiger Anfang zum Erhalt und zur Modernisierung der Hallenbäder geschafft wurde. Einmal mehr zeigt sich: Der Bund steht zu seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung auch im ländlichen Raum.

Im Jahr 2020 hat das BMI den Projektaufruf 2020 zum Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur veröffentlicht. Darin heißt es: Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2020 (Konjunkturpaket) werden erneut Mittel in Höhe von 600 Mio. Euro für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur bereitgestellt. Die Mittel stehen für die Förderung investiver Projekte mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung und mit sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Integration in der Kommune und die Stadt(teil)entwicklungspolitik zur Verfügung. Die Projekte sollen auch einen Beitrag zum Klimaschutz aufweisen.

Bundes-CDU startet Beteiligungskampagne für das Programm zur Bundestagswahl 2021

"Zusammenmachen – Dein Deutschland. Deine Ideen." Unter diesem Motto hat die CDU ihre Beteiligungskampagne zum Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2021 gestartet. Der Startschuss erfolgte mit einer Rede des CDU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet im Berliner Konrad-Adenauer-Haus. Klar im Fokus: der Gestaltungsanspruch der CDU für die kommenden Jahre.

Durch Corona sei Deutschland ins Wanken geraten. „Aber wir können am besten die Schäden beheben, die durch die Pandemie entstanden sind. Die CDU ist Partei der schöpferischen Unruhe, wir schaffen aus jeder Krise neue Kraft“, so Laschet. Union heiße dabei: Gemeinsam den Unterschied für eine bessere Zukunft zu machen. Die Zukunft lasse sich nicht mit linken Experimenten gestalten. „Wir sind das Bollwerk gegen Ideologie getriebene Politik, wie Grüne und Linke sie wollen.“ Als Partei der Mitte ist die CDU der innovative Kern deutscher Politik.

Das kommende Jahrzehnt müsse ein Jahrzehnt der Modernisierung werden. Es reiche nicht aus, die Zukunft mit bisherigen Mitteln zu gestalten. „Erkennbare Fehler müssen jetzt angepackt werden“, kündigte Laschet an. „Wir können und wollen ein sprudelnder Quell kreativer Ideen sein.“ Staat und Verwaltung müssen schneller und digitaler werden. „Wir brauchen einen Kulturwandel und mehr Flexibilität.“ Dass

Deutschland das könne, habe es in der Geschichte schon oft gezeigt. Es sei dabei ein Irrglaube, dass es automatisch besser werde, „je mehr wir regulieren“. Armin Laschet: „Wir müssen denen, die es vor Ort machen, mehr zutrauen und mehr Freiraum ermöglichen.“ Nur die Union bringe Freiheit und Verantwortung zusammen.“ Veränderung sei aber nur mit klarem Kompass möglich: „Wenn wir ehrlich sind und das im Mittelpunkt steht - dann entsteht Vertrauen“, machte Laschet klar.

Vertrauen sei zentral für Modernisierung. Vertrauen in uns selbst, Vertrauen in andere Menschen und Vertrauen in unser Land – und mit Vertrauen ins Machen. Damit Deutschland wieder weltweit Spitze sein könne, zum Beispiel im Bereich Chemie- und Pharmaindustrie und beim Innovations-Thema grüner Wasserstoff. Weltweit an der Spitze soll Deutschland auch beim Klimaschutz stehen – mit einer klimaneutralen Industrie bis 2050. Gute Arbeit in der Industriegesellschaft soll auch künftig noch da sein. Der Staat müsse daher Chancemotor für Wirtschaft und Klimaschutz sein.

Das Ziel: Deutschland soll Wasserstoffland Nummer eins sein. Als leidenschaftlicher Europäer ist dabei für Armin Laschet klar, dass auch die EU besser werden muss, um sich den globalen Herausforderungen zu stellen. „Wir werden als Europäer nur mit unseren Werten in der Welt bestehen.“

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle
Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen
Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43
Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

<https://www.facebook.com/henningottecducleuelzen/>

https://www.instagram.com/henningotte_mdb/

